

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

27.1.1919 (No. 27)

Preis: In Karlsruhe frei ins Haus geliefert 4.00 M., monatlich 1.35 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.20 M. Die Sonntagsausgabe kostet 4.17 M. Einzelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle, Mittelstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Wussten Sie? die adrektion: Kolonialzeitung oder deren Raum 25 Pf., die Kolonialzeitung 1 M., an erst. Stelle 1.20 M. Auf diese Weise 20% Steuerzuschuss. Abgabe nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen nach 4 Uhr nachmittags. Fernsprechanruf: Geschäftsstelle Nr. 208. Berlin Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur Gustav Reppert, zugleich verantwortlich für den Inhalt; verantwortlich für den badischen und totalen Teil, Volkswirtschaft und Abgabe Gebiete: Heinrich Gerhardt; für Inserate: Paul Ruhmann. Druck und Verlag: C. F. W. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Seligson, Friedemann, Wrederstraße 65/66, Tel.-Amt 114/120. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abdruckung erlaubt, wenn Vorzug beifolgt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 27. Januar 1919

Nr. 27.

Wilson's Einladung an England.

Paris, 25. Jan. Ganz wichtig ist eine Lösung der russischen Frage nahegerückt. Aus den Verhandlungen und Worten der letzten Tage geht das eine unzweifelhaft hervor, daß die Bolschewiki an der südlichen Grenze eine schwere Niederlage erlitten haben. General Broniewski, der Kommandant der bolschewistischen Nordarmee, soll von Trozki entlassen worden sein. Trozki selbst schickte nach Petersburg, nachdem die anderen russischen Truppenführer mit dem größten Teil der Soldaten zum Gegner übergegangen waren. Die Sowjetregierung erklärt den Belagerungsstand über ganz Rußland. Mostau und Petersburg werden, so heißt es, durch Besatzungsarbeiten gefestigt. Trozki scheint jedoch wenig Hoffnung auf eine Wendung des „Kriegsglücks“ zu setzen. Er dröhete an Einwohnern, die Regierung sei wahrscheinlich gesunken, Petersburg ohne Kampf aufzugeben. Aber — und das ist bezeichnend für die Vesperpolitik des Bolschewismus — die Sowjetregierung ist auch mit der Besetzung russischer Gebiete durch englische und französische Truppen einverstanden, weil sie glaubt, daß sie erst dann richtig propagandieren für die Weltrevolution treiben könne, ebenso, wie sie es in deutschen Geere tat.

Was wird nun die Entente tun? In Paris hat sich während des Zusammenbruchs der bolschewistischen Nordarmee eine merkwürdige Wandlung vollzogen. Noch vor wenigen Tagen schien der Kriegsrat der Alliierten geneigt, eine bewaffnete Intervention in Rußland zu beschließen. Diese Meinung gründete sich auf die Schilderungen des aus Rußland kommenden dänischen Gefangenen Sørensen. Dieser verriet, der Bolschewismus habe zur Zeit sehr schwach da und verfolge nur über geringe Streitkräfte. In Petersburg befanden sich nur etwa 30000 rote Soldaten, von denen nur die Hälfte Waffengenießen seien; etwa 15000 Mann seien in das rote Meer eingetreten, um nicht zu verhungern. Lenin wolle, daß es das Schwämmchen für ihn ist, wenn seine Dampfwalze genommen werden; denn von hier aus werde Rußland nicht nur verwaltet, sondern besonders auch die große Werberarbeit betrieben. Die Vertreter jeder einzelnen Nation werden systematisch über die kommunistischen Ideen belehrt, damit sie sie in eigenen Gehirnen umdrehen können; ein französischer Offizier soll die Ideen für Rußland umdrehen, ein Engländer für englische Verhältnisse usw. Auf Schiedswegen kommen diese Leute und ihre Helfer in ihre Heimatländer, um im Geiste Lenins zu arbeiten. England soll über Indien getroffen werden; bolschewistische Agitatoren lernen die indische Sprache, um zusammen mit Indern, die sich in Rußland aufhalten, die neuen Gedanken in Indien zu verbreiten. Auch afrikanische und japanische Agitatoren werden ausgebildet, in richtiger Erkenntnis, daß ein bolschewistisches Asien eine Stütze Sowjetrußlands sein werde. Wenn die Bolschewisten nicht jetzt gestört werden, so lautet die Quintessenz des Sørensen'schen Mitteilungs, so ist innerhalb eines halben Jahres die allgemeine europäische Revolution da.

Während man in Paris noch in Spannung dem Wortlage des dänischen Diplomaten lauschte, trafen die „Siegesnachrichten“ aus Nordrußland ein. Und nun vertritt die Pichon, der getreue Schilfschnapper und Revellibläser Clemenceau: Keine Unterhandlung mit der Sowjetregierung! Einmarsch in Rußland! Energetischer Stoß in der Richtung Petersburg! Aber diese Rede war ohne Wirkung gemacht. Wilson vermittelte eine Konferenz Lenins neben dem Kriegsrat. Er verführte sich Ploud Georges, der neuerdings tatsächlich in vielen Fragen im amerikanischen Fahrwasser schwimmt. Und es kam der Beschluß auf, nicht in Rußland einzumarschieren, sondern die russische Regierung zu einer Friedenskonferenz einzuladen. Treffpunkt der Delegierten: Die Brinnenshallen im Wannenseum am 15. Februar. Willkommen sind in drei Vertreter der russischen Regierung, die in Sibirien oder innerhalb des europäischen Rußlands politisch oder militärisch offensichtlich ausüben oder ausüben verheißt. Offenbar ist damit auch ein etwaiger Sturz des Bolschewismus bis 15. Februar in Rechnung gezogen. Aber gleichwohl der Präsident der Vereinigten Staaten dokumentiert darüber, daß er nach Europa gekommen ist, nicht um neue Kriege zu führen, sondern um Frieden zu machen. In seiner Einladung an Rußland liegt zehnmal mehr Staatskunst als in der oben zitierten Pichon-Clemenceau'schen Rede. Die Welt wird nun unter vielen anderen Erwartungen auch darauf gespannt sein, wer nach dem Brinnenshallen abreist und was dort ausstehen kommt. Vom Standpunkt Deutschlands aus, das alle letzte Kraft auf den Weltkrieg verwenden muß, kann die Wendung des russischen Problems nur begrüßt werden.

Die Haftung der russischen Regierung.

Paris, 27. Januar. Die „Gumantze“ hat: Die Regierung von Moskau habe auf den Vorbehalt der Friedenskonferenz geantwortet. Die Bolschewisten seien der Ansicht, die Brinnenshallen seien zu weit entfernt, doch lebten sie im Prinzip eine Konferenz nicht ab.

Ein polnischer Zwischenfall.

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 27. Jan. Aus Paris wird gemeldet: Alle Revolutionen, die am Samstag der Friedenskonferenz vorgelagert wurden, sind un verändert angenommen worden. Nach Wilson tritt nun auch Lord George für den Balfourbund ein, allerdings ohne seine Karte etwas zweifelhafte. Ich weiß nicht, ob das große Werk uns annehmen wird, doch streicht der Versuch allein schon an unserer Ehre. Ich habe das Bedürfnis zu erklären, mit welcher Beacifferung das englische Volk hinter die

sem Vorklage steht. Sollte ich den geringsten Zweifel über den Wert des Balfourbundes gehabt, so wäre er verdrängt vor dem Schauspiel, das sich mit dem letzten Samstag ab, als wir die Gegend besuchten, die noch vor wenigen Jahren eine der schönsten in Frankreich gewesen ist. Wir führen stundenlang durch eine Wüste und Verwüstungen. Das sah nicht mehr wie ein Land aus, wo Menschen wohnen, sondern war bloß ein Gefirnis und unkenntlich gemacht. Sedam brach sich für Italien Orlando für den Balfourbund aus.

Nun sollte im Namen Frankreichs Bourgeois und erklärte: Die Saager Konferenz hatte keinen Erfolg, weil Staaten, daran beteiligt waren, deren Grenzen nicht rechtschaffen waren. Nachdem nun die Grenzen nach den Wünschen der Völker hergestellt sind, wird es in Paris abgemacht, was im Saager miteilung.

Nach aufstimmenden Worten der Vertreter der übrigen Alliierten stellte Clemenceau fest, daß die Konferenz einstimmt dem Balfourbund zustimme. Hierauf wurden die Mitglieder der Kommission ernannt, ist zwei für die 5 Großmächte und zwar für Amerika Wilson und Oberst Doule, für England Lord Robert Cecil und General Smuts, für Frankreich Bourgeois und der 1. Professor der Pariser Universität, für Italien Orlando und ein rechtschaffener Senator für Japan als erster Graf Chinba.

Die übrigen Alliierten sollen zusammen 5 Delegierte haben. Die Konferenz beschloß weiter, daß im ganzen 5 Kommissionen eingesetzt werden sollen außer dem Ausschuss für den Balfourbund, nämlich eine Kommission für die Entschädigungsfrage, für die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges, für internationalen Recht, Lesen und Arbeit und für die internationale Regelung der Seifahrt und Eisenbahnen.

Der Umstand, daß die Keinen Alliierten zusammen nur 5 Delegierte haben sollen, rief große Erregung und Proteste besonders Belgiens hervor. Dieser Protest hatte einen politischen Zwischenfall zur Folge. In einem Wutausbruch rief Clemenceau: Am Tage des Waffenstillstandes hatte Frankreich 12 Millionen unter den Waffen. Wir hätten auf die übrigen Nationen bezüchten können.

Die Befestigung der Mittelmeerküste an der Konferenz.

Berlin, 27. Jan. Der Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz will melden können, daß es hoffentlich möglich sein werde, die Vertreter der Mittelmeermächte Ende oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine realistische Regierung habe.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 26. Jan. Unter der Begründung, die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland würden nur abtransportiert, um die Bolschewisten zu stärken, verlangten die Alliierten die Einstellung des Abtransportes der russischen Gefangenen. Die deutsche Kommission legte gegen dieses Verlangen Erinnerung ein und betonte, daß die Einstellung der Transporte zu Revolten führen könnte, da die russischen Gefangenen schon vor längerer Zeit von der bevorstehenden Heimkehr in Kenntnis gesetzt worden seien. Da außerdem der Abtransport über Rostock und ordnungsgemäß von Hatten gehe, müsse es die deutsche Reichsleitung ablehnen, sich zu solchen Maßnahmen zwingen zu lassen. Deutschland ist jetzt bereit, den Abtransport der Russen auf dem deutschen Seewege vorzunehmen, borgehaltenen Seewege auszuführen.

Die deutsche Kommission übergab jedoch mehrere Protokolle, in denen die Anordnung des amerikanischen Besatzungsbereichs im Kreis Saarbrücken, monach der Bevölkerung das Tragen von umgeänderten Militärkleidern verboten ist und gegen Ausschreitungen französischer Soldaten bei Fronten in A. M. Dort wurden Patienten, die im Besitze vorärztlicher Ausweispassiers waren, schließlich behandelt, verprügelt und auf der Flucht beschossen. U. a. wurde ein französischer Arbeiter mit dem Kopfe zu Boden geschlagen, wobei einer der Franzosen auf Deutsch rief: Auf den Kopf!

Ferner erwidert eine der Notizen um Abstellung der Zustände, die in der Provinz Westfalen durch Anordnung der französischen Besatzungstruppen geschaffen worden sind. Diese haben die Provinzialregierung gezwungen, die Obliegenheiten des städtischen Landbesitzes auf den Westfälischen Provinzialrat zu übertragen, wodurch die Tätigkeit der ostwestfälischen Landesregierung ganz ausgeschaltet wird. Die Regierung der Provinz Westfalen ist außerdem von Oldenburg vollkommen abgeschnitten.

Auf die deutsche Bitte, dem Erzbischof in Köln, Kardinal von Hartmann, volle Bewegungsfreiheit zu gewähren und seine Rolle von der Zensur zu befreien, wurde in der heutigen Sitzung mitgeteilt, daß nur die amtliche Korrespondenz des Kardinals ohne Verzögerung weiterbefördert und im allgemeinen nicht durchzusehen werde, dagegen werde der Erzbischof selbst am Ende seiner Abreise einen Pass erhalten, der ihm jederzeit den Eintritt in das besetzte Gebiet gestattet.

Zur Ausfuhr der Baumwolle.

Washington, 27. Jan. (Neuter.) In seiner Antwort auf das Schreiben der Baumwolle pflanzenden Staaten, daß alle Ausfuhrbeschränkungen für Baumwolle nach den nichtindischen Ländern aufzuheben, auch Verhelfungen nach Deutschland und Oesterreich so rasch wie möglich abzuheben werden möchten, antwortete Wilson, daß Baumwolle jetzt nach allen Ländern in Massen, die ihrem Bedarf entsprechen, ausgeführt werden könne. Die Ausfuhr nach den feindlichen Ländern werde wichtige politische Fragen auf, die von den alliierten Regierungen internationalen werden würden.

Die deutschen Kolonien.

London, 27. Jan. Bei den Beratungen über die Kolonien des Balfourbundes im Namen der Südafrikaner Ansbuch auf Deutschsüdafrika. In diesem Punkte herrscht

noch den „Times“ vollständiges Einvernehmen. Großbritannien sei bereit, sich für Togo, Kamerun und Südafrika mit irgend einer Form von Neutralisierung zu begnügen. Infolgedessen brauche man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoa-Inseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Äquator als südliche Grenzlinie festgelegt werden solle. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marshall-Inseln erhalten.

Wilson und Wilhelm II.

(Eigener Drahtbericht.)

8. Genf, 27. Jan. Nach französischen Mätern hat Präsident Wilson erklärt, daß Wilhelm II. durch seine Verbannung für seine Schuld schon genügend bestraft worden sei.

Deutschland, Balfourbund und Kolonien.

Nach Robert Cecil, der auf der Friedenskonferenz die mit dem Balfourbund zusammenhängenden Fragen behandelt wird, erklärte einem Mitarbeiter des „Observer“, daß er die Verhütung von zukünftigen Kriegen als die vornehmste Aufgabe des Balfourbundes betrachte. In seinen weiteren Ausführungen bemerkte er, daß es wirklich gemeinsame Menschheitsinteressen gebe. Zur Erkenntnis dessen brauche man nur an die tropischen Länder zu denken mit ihrer ungenutzten Bevölkerung. Robert Cecil meinte, in der durch internationale Zusammenarbeit regierten Welt werde man einsehen, daß solche Länder zum Wohle ihrer eigenen Bevölkerung bemalt werden müssen und daß ihre Erzeugnisse der ganzen Welt gehören. Diesen Ausführungen des britischen Staatsmannes wird jede europäische Macht, die im Besitze von Kolonien ist, zustimmen. Zu Wifdeutungen über geben die weiteren Darlegungen Robert Cecil's Anseh, in denen er betont, es sei gleichgültig, von welchem Lande Kolonien verwaltet würden.

Wir müssen gestehen, daß diese Worte, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht ganz klar sind. Deutschland, das die Frage seiner zukünftigen Kolonialbesitzung und die Wünsche und die Ziele der Verbündetenmänner mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, hört trotz seiner inneren Schwächen nicht auf, das Problem sorgfältig zu studieren und allen Neuerungen, die von drüben kommen, große Beachtung zu schenken, wie die Rundgebung der Regierung zur Kolonialfrage in der „D. A. Z.“ beweist. Wir kennen die vielfach in der britischen Presse und in den Verlautbarungen britischer Staatsmänner zum Ausdruck gekommenen Wünschen, unter treiblichen Besitz zu behalten, wohl, und die Tatsache, daß Robert Cecil sein Interview einem Mitarbeiter des „Observer“ gab, einem blasse höchst deutschfeindlichen und imperialistischen Blatt, muß in der Ansicht bestärken, daß der Sinn des Anerkenntnis des englischen Staatsmannes so auszulegen ist, wie hier befürchtet.

Demgegenüber weisen wir erstens auf den Nachschlüssel hin, den wir auf unsere Kolonien haben. Er wird auch von Wilson in seinen 14 Punkten ausdrücklich anerkannt, und die übrigen Verbündeten haben sich, indem sie diese annehmen, auch damit einverstanden erklärt. Weiter aber ist die Frage der Beseitigung unzulässiger Truppenländer ohne Frage eine Aufgabe, die als Gesamtaufgabe von allen Kulturvölkern in Anspruch genommen werden muß. Einmal, damit nicht der Eindrud entsteht, es gebe es im Balfourbund Nationen erster und zweiter Klasse.

Die Antwort ist aber auch so richtig, daß sie ohne die nötige Würdigung aller für notwendig werden kann. Man nehme doch die Dinge wie sie sind. Großbritannien besitzt zu ungebührlichen Stücken kolonialen Landes, das es bei aller Anerkennung seiner ständigen Leistungen auf diesem Gebiete, trotzdem unmöglich ist alle gleichmütig behandeln und kultivieren kann. Dies übersteigt die Kraft einer einzelnen europäischen Nation, selbst wenn sie über kolonialen Besitz wie Großbritannien. Und Frankreich? Ist es nicht Tatsache, daß dieses Land, infolge seines Mangels an Menschen, nicht einmal das Mutterland genügend besiedeln kann! Dazu verfügt Frankreich über einen Kolonialbesitz, der mehr als das Doppelte des Mutterlandes beträgt! Vor und ist es nicht Tatsache, daß in vielen und gerade den besten und zukunftsreichsten französischen Kolonien aus diesem Grunde Spornier und Feindes die eigentlichen europäischen Kolonialländer sein müssen! Und sind etwa Rußland und Belgien imstande, ihre kolonialistische Aufgabe ebenso sorgfältig zu erfüllen wie Großbritannien oder Amerika?

So ergibt sich von selbst die dringende Notwendigkeit, daß auch nicht ein Bruchteil irgend eines Kulturvolkes für die alle Begriffe übersteigende Aufgabe der Kolonialpolitik der Welt brach liegen darf. Deutschland mit seinen 70 Millionen gehört in die vorderste Reihe der Kolonialvölker! Seine gewaltige Wirtschaftskraft darf nicht einen Augenblick mehr ungenutzt bleiben. Dies wäre nicht nur ein Schaden für Deutschland selbst, sondern ein größerer für die Menschheit.

Hindenburgs Aufgabe im Osten.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Wieder heißt es: Hindenburg im Osten! Trodem der Waffenstillstand abgeschlossen ist, haben die Polen mit Unterstützung der Entente in deutsche Gebieten abermals den Kampf eröffnet. Durch Mitteilungen der Presse ist bereits bekannt geworden, daß unsere Provinz Polen endlich gefährdet und zum Teil sogar von den Polen besetzt ist. Jetzt mit der Sendung Hindenburgs nach dem Osten ist von uns ein ernsthafter Plan gefaßt worden, das alte deutsche Land dem Deutschland zu erhalten, um zum Beginn der Friedenskonferenz den Polen nicht die Möglichkeit zu lassen, sich bei dem Raube von Polen auf vollendete Tatsachen zu stützen.

Es fragt sich nun, welche Aufgaben Hindenburg hier erwarten? In die Kämpfe im Jahre 1914/18, die Hindenburg im Osten geleitet hat, werden die neuen Unternehmungen nur sehr wenig erinnern, denn damals standen auf beiden Seiten Armeen, während heute die „Feinde“ nur über sehr geringe Kräfte verfügen. Zum Teil sind Hindenburg auf der Seite der Gegner sogar die eigenen Soldaten wiederzusehen, die aus der polnischen Bevölkerung Polens stammen und sich der polnischen

Regierung zur Verfügung gestellt haben. Auf deutscher Seite, wo lange genug das landesverräterische Treiben der polenischen Polen ruhig angehen wurde, sind inzwischen größere Verbände von Grenzschutz und Freiwilligentruppen gebildet worden, die Hindenburg zur Durchführung seiner Aufgabe zur Verfügung stehen.

Die Polen haben die Zeit unserer inneren Verwirrung dazu benutzt, um ganz planmäßig gegen die wichtigsten strategischen Punkte und Eisenbahnlinien vorzugehen. In beachtenswerter kurzer Zeit gelang es ihnen, sich fast der ganzen Provinz zu bemächtigen. Sie haben dadurch geradezu die Pforte Brandenburgs bedroht. Die polnische Stellung sieht sich halbkreisförmig um die Provinz und ist im Westen Polens bis in die Gegend von Grah-Neutomischel vorgeschoben worden. Der wichtigste Bahnhof Westpreußen, der im Westen Polens gelegen ist und die Verbindung mit Brandenburg herstellt, ist bekanntlich schon mehrfach besetzt umstritten gewesen. Im Norden sieht sich die polnische Linie von Hohenalza über Schubin nach Erin. Im Süden behaupten wir noch die Kreise Fraustadt, Pissa, Rawitsch, während Protokojin an der schlesischen Grenze von den Polen besetzt wurde.

Hindenburgs wichtigste Aufgabe besteht nun darin, die weit nach Westen vorgeschobenen Polen zurückzudrücken und dadurch die Gefahr von Brandenburg zu entfernen. Dieser polnische Keil in unsere Grenzabstellungen wird von den Polen immer mehr verstärkt, um den dadurch errangenen strategischen Vorteil fruchtig auszunutzen. Wir haben aber inzwischen gehört, daß in Schneidemühl starke deutsche Kräfte versammelt wurden. Diese Stadt bildet gleichzeitig die rechte Flanke der polnischen Stellung im Westen der Provinz. Von hier aus könnte ein kräftiger Vorstoß deutscher Truppen einen entscheidenden Erfolg haben, da dadurch der ganze polnische Keil abgedrückt werden kann. Im übrigen dürfen wir uns der bewährten Führung Hindenburgs, die gegenüber den Millionenheeren der Entente siegreich war, auch in diesem Miniaturkriege das größte Vertrauen haben.

Bornst und Anruchstadt besetzt.

Berlin, 27. Jan. Die Polen haben Bornst und Anruchstadt kampflos besetzt. Sie führen Maschinengewehre mit sich. Die Besetzung von Bornst bildet eine Bedrohung des Bahnhofs von Westden, von dem die Stadt in südwestlicher Richtung nur etwa 12 Kilometer entfernt ist.

Einstellung des Telegraphenverkehrs.

Posen, 27. Jan. Auf Befehl des hiesigen polnischen Armeekommandos wird der private Telephon- und Fernsprecheverkehr nach und innerhalb des von den Polen besetzten Gebietes der Oberprovinz Polens und Bromberg eingestellt. Ferner sind von der Beförderung ausgeschlossenen Briefe von Privatpersonen von und nach den von polnischen Truppen nicht besetzten Gebieten. Zur Beförderung im Fernverkehr sind außer Karten Geschäftsbriefe, die offen angeliefert werden müssen.

Die Demobilisierung.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 27. Januar. Mit dem 18. Januar ist das gesamte Wehrbeere in seine Demobilisierungsorte beordert worden. Von dem 1. B. B. B., das bei Beginn der Demobilisierung nur 600 000 Mann betrug, sind bis 18. Januar rund 500 000 in ihren Demobilisierungsorten eingetroffen. Die deutschen Truppen in der Türkei haben bis auf etwa 100 000 Mann ihre Erhaltungsposten erreicht. Am 18. Januar betrug die Stärke aller außerhalb des Landes befindlichen deutschen Truppen rund 130 000 Mann.

Die deutsche Republik.

Die preussischen Wahlen.

(Eigener Drahtbericht.)

6. Berlin, 27. Jan. Die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung haben gestern unter geringerer Beteiligung der Wähler als bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung vor acht Tagen stattgefunden. Wähler liegen nur Teilresultate vor. Der Wahlerfolg im ganzen Aufgabengebiet ruft Verunsicherung hervor. Die Sozialisten hatten diesmal die Parole ausgegeben, gegen die Vorname der Wahlen nichts zu unternehmen, sich vielmehr um die Wahlen gar nicht zu kümmern. An verschiedenen Orten hatten sich die Unabhängigen ihre Anhänger aufgefordert, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen. Ebenso wird aus Dortmund, Bochum, Mühlheim und Oberhausen ein ruhiger Wahlerfolg bei mäßiger Beteiligung gemeldet.

Aus Stuttgart wird gemeldet, daß in Hohenzollern sämtliche Parteien die Wahlenthaltung beschlossen, weil den hohenzollernischen Landesbewohnern keinerlei Gelegenheit gegeben war, bei der Aufhebung der Kandidaten mitzuwirken.

6. Berlin, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Bis nach Mitternacht war das Wahlergebnis für Groß-Preußen: Soz. Mehrheitspartei 201 000, Unabh. Soz. Partei 199 000, Deutsche Demokratische Partei 117 000, Deutsche Nationale Volkspartei 75 000, Zentrum 22 000 und Deutsche Volkspartei 88 000 Stimmen.

Die Beratungen über die Verfassung.

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Preuß hat am Sonntag die aus Vertretern sämtlicher deutscher Reichsländer bestehende Kommission getagt, um über eine provisorische Verfassung zu beraten. Es ist ein Beschluß aufhabe gekommen; er unterliegt der Zustimmung der Reichsregierung. Einzelheiten darüber sollen erst nach Zustimmung der Reichsregierung veröffentlicht werden. Man hofft dadurch ein neues Stück weiter auf dem Wege zur 100-jährigen Schaffung einer Zentralgewalt für das Reich zu kommen.

Dr. Preuß über die Zerklüftung Preußens.

Auf der Verfassungskonferenz im Reichsam des Innern führte Staatssekretär Dr. Preuß u. a. m. weiter aus:

In diese Aufgabe, die nationale Einheit des Volkes als eine Einheit auch administrativ organisatorisch

